

Sitzungsvorlage		AUT/15/2022	
Photovoltaikflächen im Landkreis Karlsruhe - Bericht durch den Regionalverband Mittlerer Oberrhein			
TOP	Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
1	Ausschuss für Umwelt und Technik / Betriebsausschuss Abfallwirtschafts- betrieb	02.06.2022	öffentlich

keine Anlagen	
----------------------	--

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Umwelt und Technik

1. begrüßt, dass die Identifikation und Aufnahme potenzieller Freiflächen für die Nutzung von erneuerbaren Energiepotentialen sowie die Infrastruktur der Wärmeverteilung im Dialog mit dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein, dem Landkreis sowie allen Kommunen des Landkreises als gesamtheitlicher, regionaler Ansatz erfolgen soll und
2. regt die Einbindung der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe bei der Fortschreibung des entsprechenden Fachkapitels im Regionalplan an.

I. Sachverhalt

Der Nutzung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien kommt im Hinblick auf den Klimaschutz eine wesentliche Rolle zu. Mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes (KSG) hat die Landesregierung ein entsprechendes Landesflächenziel verankert. Damit sollen die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Die Fraktion der Freien Wähler hat hierzu mit Schreiben vom 28.01.2022 beantragt, dass die Verwaltung gegebenenfalls unter Zuhilfenahme der Energieagentur Photovoltaikprojekte im Bereich der stillgelegten Mülldeponie Bruchsal, der Erddeponie Karlsbad sowie Lärmschutzwällen prüft und gegebenenfalls auf den Weg bringt.

Der Ausbau und die Planung von Photovoltaikflächen berührt verschieden staatliche Ebenen. Schnittstellen sind insbesondere mit den Aufgaben der Regionalverbände gegeben.

Nach §4b KSG sollen in den Regionalplänen Gebiete in einer Größenordnung von mindestens zwei Prozent der jeweiligen Regionsfläche für die Nutzung von Windenergie und Photovoltaik auf Freiflächen festgelegt werden. Dieses Flächenausmaß wird als räumliche Voraussetzung angesehen, die mindestens erforderlich ist, um das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität („Klimaneutralität“) bis 2040 bzw. Landkreisziele 2035 zu erreichen.

In einem ersten Schritt erstellen die zwölf Regionalverbände in Baden-Württemberg eine landesweite Potenzialkarte, die bereits bestehende Möglichkeiten zum sofortigen Zubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen aufzeigen soll. Planungen für weitere Flächen sollen die Regionalverbände schnellstmöglich vorantreiben, so dass die Regionalpläne bereits im Jahr 2025 beschlossen werden und in Kraft treten können. Die Karte soll noch vor der Sommerpause der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein (RVMO) plant vor diesem Hintergrund aktuell die Fortschreibung des Regionalplans für die Region Mittlerer Oberrhein (Landkreise Karlsruhe und Rastatt, Stadt Karlsruhe). Die Flächensicherung für den Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt in einem eigenständigen Teilregionalplan. Es ist folgende Struktur und zeitliche Abfolge geplant:

1. Teil: Solar-Freiflächenplanung 2022
2. Teil: Windkraftplanung 2023
3. Teil: sonstige erneuerbare Energien 2024 (Erdwärme, Seewärme, Wärmenetze Biomasse, große Wärmespeicher, Heizzentralenstandorte etc.)

Der Verbandsdirektor des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein Dr. Matthias Proske wird die Vorgehensweise in der Sitzung erläutern.

Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg hat daneben eine Initiative für mehr solare Stromerzeugung an Bundes- und Landesstraßen gestartet. Um Eingriffe in die Natur möglichst gering zu halten, werden verstärkt ungenutzte Flächen entlang der Verkehrswege in den Fokus genommen. Interessierte Energieversorger konnten bis zum 30. April 2022 entsprechende Flächen melden. Das Verkehrsministerium prüft dann die gemeldeten Flächen. Die Ergebnisse dieser Abfrage wird der Landkreis Karlsruhe für sein Gebiet beim Verkehrsministerium erfragen und in die weiteren Planungen mit einfließen lassen.

Ende April erfolgte eine Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), bei der bislang nicht berücksichtigte Formen der Photovoltaik wie z.B. Agri-PV, Floating-PV (Schwimmende PV) mitaufgenommen werden. Dies kann zu einer Neubewertung bislang nicht wirtschaftlich zu betreibender Standorte für Freiflächenanlagen führen.

Mit in die Planung eingebracht werden sollen auch Flächen wie sie die Fraktion der Freien Wähler im Hinblick auf die Flächenpotenziale der Mülldeponie Bruchsal, der Erddeponie Karlsbad oder Erdwällen angeregt hat.

Ebenso betrachtet werden sollen Flächen für Energieerzeugung wie Biogas- oder aber Pyrolyseanlagen, um bis dato ungenutzte Biomassepotenziale in der Region energetisch zu nutzen.

Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ist in den nächsten Jahren im Bereich der Photovoltaik mit einer massiven Flächenkonkurrenz zu rechnen, nicht nur gegen landwirtschaftliche Flächen, sondern sämtliche Formen der erneuerbaren Energien gegeneinander. Bei Planungen bislang unberücksichtigt sind Standorte für Heizzentralen, Speicher sowie die Verteilung von Wärme im ländlichen Raum. Nicht beachtet wurde bisher auch das Thema der Sektorenkopplung (Beispiel: Nutzung von Strom für den Betrieb von Großwärmepumpen für den Einsatz im Wärmenetz.) Auch muss der Bedarf der Kommunen hinsichtlich der Entwicklung von Wohnungsbau und Gewerbe vor dem Hintergrund des Wärme-/Kälte- und Strombedarfs mitbetrachtet werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine gesamtheitliche, landkreisübergreifende Betrachtung von allen erneuerbaren Energiepotentialen sowie der entsprechenden Infrastruktur von Wärmeverteilung wie Heizzentralenstandorten, Verteilung und Speicherstandorte sinnvoll. Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein wird diese Thematik für die Fortschreibung des Regionalplans ohnehin mit aufzunehmen und zu berücksichtigen haben. Der kommunenübergreifende Energieplan auf Landkreisebene dient als Planungsgrundlage für die Ausarbeitung.

Nur wenige potenzielle Freiflächenstandorte werden derzeit im Regionalplan für den Landkreis Karlsruhe als solche festgelegt. Im Dialog mit den einzelnen Kommunen sollen weitere in Frage kommende Flächen identifiziert werden.

Als sinnvoll wird in diesem Zuge die Beteiligung der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe gesehen. Gemeinsam sollen die angeschobenen Projekte durch die Planungen integriert und somit nicht verzögert werden.

II. Finanzielle / Personelle Auswirkungen

keine

III. Zuständigkeit

Der Ausschuss für Umwelt und Technik ist für die Aufgabengebiete Umwelt- und Naturschutz zuständig.